

Den Interessen der Imperialisten folgend ist diese Politik auf die Vorbereitung des Krieges gegen die Länder des Sozialismus gerichtet, auf die Errichtung der Weltherrschaft der Monopole über die Völker. Kriegsvorbereitung und nationale Unterdrückung legen sich wie ein Alldruck auf die Völker, gefährden ihre Lebensgrundlage und unterdrücken ihre Rechte. So stellt die von den imperialistischen Kräften ausgehende „Politik der Stärke“, die Politik der Gewalt, der Aggression und der Drohung, die gewaltsame Beugung der Völker unter die Politik dieser Staatenblocks, einen Angriff auf die Rechte der Völker, auf die Prinzipien der Vereinten Nationen, auf das Völkerrecht dar.

Die alten Gegensätze, Organisation der Menschheit als ein freier Bund freier Völker — deren Prinzipien sich mit der Charta der Vereinten Nationen durchgesetzt hatten — oder Diktat der Weltmächte über alle Völker — das die Imperialisten, Militaristen und Faschisten anstreben —, tauchen hier wieder auf. Allein das Kräfteverhältnis zwischen den Völkern auf der einen, den imperialistischen Machtusurpatoren auf der anderen Seite, hat sich entscheidend zugunsten der Völker geändert.

Darum mußten die Versuche der Restauration der imperialistischen Herrschaft in der ganzen Welt, die mit der „Truman-Doktrin“ einsetzte, die im Atlantikpakt in ein System gegossen wurde und in der Aggression in Korea ihren höchsten Ausdruck fand, an der Kraft der Völker scheitern. Mit der Niederlage der „Politik der Stärke“ und der Anbahnung der Politik der Verhandlungen setzte sich die Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, ihre Förderung nach der Sicherung ihrer Lebensgrundlagen, der friedlichen Zusammenarbeit, der Freiheit von aller Kriegsdrohung Schritt um Schritt durch. Es tritt eine neue Ära ein, die durch die Verhandlungen über strittige Fragen gekennzeichnet ist.

Die Genfer Konferenz stellt einen wichtigen Abschnitt in dieser Entwicklung dar.

II

Die Frage der Gewährleistung der Sicherheit in Europa nahm auf der Genfer Konferenz einen bedeutenden Platz ein, und damit auch die Deutschlandfrage. Den vier Großmächten der Genfer Konferenz unterliegt nach dem Potsdamer Abkommen die Verpflichtung, den deutschen Militarismus und Faschismus endgültig auszurotten, damit sie „niemals mehr die Nachbarn Deutschlands oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen können“, wie das Potsdamer Abkommen sagt.

Die Deutschlandfrage — die Frage, wie soll das zukünftige Deutschland aussehen — ist ein Teil der Hauptfrage, die der zweite Weltkrieg stellte: die Gewährleistung des Friedens, der Sicherheit, der friedlichen Koexistenz der Staaten. Die Lösung dieser großen Aufgaben erforderte den Aufbau eines solchen Deutschland, das sich in die Völkergemeinschaft einfügt, das in seiner Politik die Grundsätze des Zusammenlebens der Völker respektiert. Nur ein solcher Staat — so heißt es im Potsdamer Abkommen — „findet seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt“, nur ein solcher Staat gibt unserer Nation die große Perspektive, in einer festen Gemeinschaft mit allen Völkern Europas zu leben.

Eine Staatsmacht hingegen, die die Politik des Militarismus und Faschismus, der Aggression und der Gefährdung der Sicherheit der Völker durchsetzt, stellt sich außerhalb der Völkergemeinschaft, sie ist nicht in der Lage, die Lebensgrundlagen der Nation zu sichern und führt unser Volk erneut in eine Katastrophe.

Darum ist der Weg, den das deutsche Volk gehen muß, der Weg der Errichtung eines Staates, von dem keine Aggression mehr gegen andere Völker ausgehen kann. Die Politik der Aggression ist die Politik der Unterdrückung nicht nur fremder Völker, sondern auch des eigenen Volkes. Unter der Politik der Aggression kann unser Volk nicht frei sein, darum ist die Achtung aller Aggression, die strengste Verdammung der Politik der Kriegsdrohung, höchstes nationales Gebot. Das deutsche Volk kann seinen gesicherten Platz unter den Völkern Europas nur finden, wenn es allseitig dazu beiträgt,

die Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt zu festigen. Es gibt keine Sicherheit für das eigene Volk, wenn nicht die Sicherheit für alle Völker gewährleistet ist, wenn nicht die allgemeine europäische Sicherheit herrscht.

Die Sicherung der Existenzbedingungen für unser Volk: Frieden und Sicherheit — hat also die Gewährleistung des Friedens und die Herstellung der Sicherheit in Europa zu ihrer Voraussetzung. Jeder Schritt, den unser Volk in der Richtung der Festigung des Friedens und der Sicherheit, der Herstellung des Vertrauens mit unseren Nachbarstaaten und der Beseitigung allen Mißtrauens geht, ist ein Schritt zur Festigung unserer Nation unter den Völkern Europas und der ganzen Welt. Jeder Schritt, der gegangen wird in der Richtung der Erneuerung der Aggression gegen die Völker Europas, der Gefährdung des Friedens und der Sicherheit der Völker, stellt unser Volk in den Gegensatz zu den fundamentalsten Interessen der Völker Europas, verschärft die Spannungen, untergräbt das Vertrauen und die Sicherheit und ruft unsere Nachbarvölker gegen uns auf den Plan. Das aber führt zur Gefährdung der Lebensgrundlagen des deutschen Volkes selbst. Eine solche Politik ist Verrat an dem deutschen Volk, Verrat an allen anderen Völkern.

Der klare Weg, den das Potsdamer Abkommen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa wies, konnte jedoch nicht gegangen werden. Die Erneuerung der imperialistischen Politik durch die Westmächte führte zur Unterwerfung Westdeutschlands unter die Politik der Aggression und der Völkerunterdrückung, sie führte zur staatlichen Abspaltung Westdeutschlands. Die Deutsche Demokratische Republik, geleitet von einer Politik der Sicherung des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit der Völker Europas, wurde die Repräsentantin der nationalen Interessen des deutschen Volkes und die Bastion seines Kampfes für deren Durchsetzung. Sie mobilisierte alle Kräfte des deutschen Volkes für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation, gegen die Gefährdung der nationalen Interessen durch die Politik der Aggression.

Die Durchführung der Politik der Aggression vollzog sich in der Bundesrepublik im Rahmen des Atlantikpaktes. Die Völker Europas standen vor der Tatsache einer neuen Bedrohung durch den deutschen Militarismus. Die Antwort auf die Einbeziehung der Bundesrepublik in den Atlantikpakt war der Abschluß des Warschauer Vertrages über die Gewährleistung der Sicherheit in Europa, gegen jede von den Mächten des Atlantikpaktes ausgehende Aggression.

Der weitere Ausbau des Paktsystems, den die imperialistischen Westmächte erstreben, soll die Einbeziehung der Deutschen Demokratischen Republik in diesen Kriegsblock sein. Die Pläne der Westmächte gehen in der Richtung, die „Wiedervereinigung“ Deutschlands durch den Ausbau eines aggressiven gesamtdeutschen Staates im Zentrum Europas in die Wege zu leiten. Die Frage der „Wiedervereinigung“ Deutschlands sollte also gelöst werden durch die Ausweitung der Politik der Aggression, auf Kosten der Sicherheit der Völker Europas.

Die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, die zur allgemeinen Entspannung führte und die Westmächte zwang, die Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Genf zu diskutieren, mußte den Widerspruch einer solchen „Lösung“ der Deutschlandfrage zu der allgemeinen politischen Entwicklung deutlich werden lassen. Es ließ sich nicht mehr übersehen, daß die derzeitige Politik der Regierung der Bundesrepublik — auch die von ihr vertretene Konzeption der „Wiedervereinigung“, die Kriegsgefahr in Europa ständig erhöht, die europäische Sicherheit in stärkstem Maße gefährdet.

Nach seiner Rückkehr in die USA erklärte Eisenhower, daß die größten Schwierigkeiten in Genf die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und die Frage der europäischen Sicherheit bereitet haben.

„Zu Anfang dachten wir“, so führte Eisenhower aus, „daß man diese Fragen getrennt behandeln kann, aber die amerikanische Delegation kam zu der Schlussfolgerung, daß das Problem als einheitliche Frage behandelt werden müsse.“